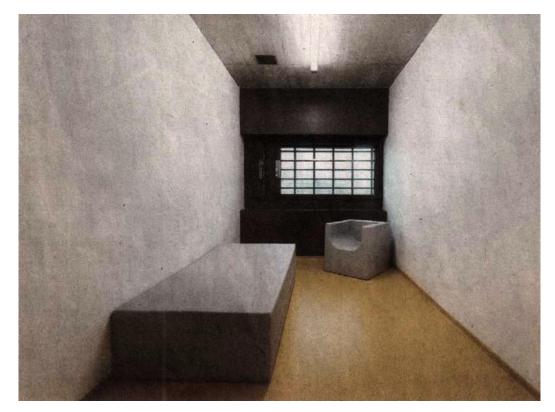
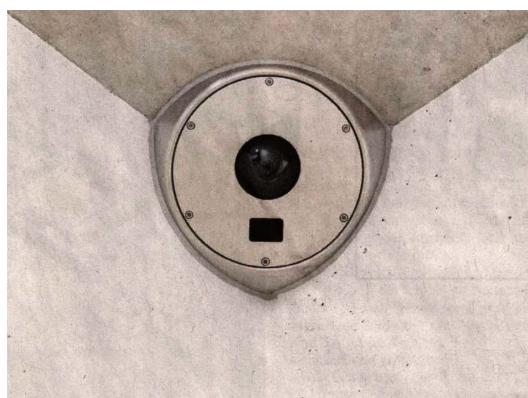
Datum: 02.03.2019

Reue Zürcher Zeitung

Suizide in der U-Haft verhindern

Seit Februar ist im Gefängnis Limmattal eine Abteilung für Häftlinge in akuten psychischen Krisen in Betrieb





Sicherheitszelle und Überwachungskamera in der neuen Kriseninterventionsabteilung (KIA) im Dietiker Gefängnis Limmattal. Bilder Annick Ramp/NZZ

2015 tötete eine 27-Jährige ihre beiden Kinder und nahm sich darauf in der Untersuchungshaft das Leben. Dies löste in der Justizdirektion ein Umdenken aus. Das Resultat ist die Kriseninterventionsabteilung im Gefängnis Limmattal.

LINDA KOPONEN

Gelbe Böden, Betonwände, grosse Fenster mit Blick auf den Bahnhof Dietikon. Im Februar ist im Gefängnis Limmattal eine neue Abteilung speziell für Häftlinge in akuten psychischen Krisen eröffnet worden. Neun Plätze stehen in der neuen Kriseninterventionsabteilung (KIA) zur Verfügung, verteilt auf vier Doppelzellen und eine Einzelzelle. Bei einer akuten Selbstgefährdung biete der Mitinsasse zusätzliche Sicherheit, sagt Daniel Bosshart, Leiter des Gefängnisses Limmattal. Die Einrichtung ist karg - zwei schmale Betten an den Wänden, auf dem Fenstersims ein Fernseher und ein Wasserkocher. Die kleine Nasszelle mit WC und Lavabo ist durch eine Schiebetür vom Schlafbereich getrennt. An der Decke hängt ein runder Spiegel, von der Türklappe aus sichtbar, und eröffnet den Blick in jeden Winkel des Raumes.

Ein kleines Regal bietet Platz für das Nötigste. Es soll den Häftlingen signalisieren, dass sie hier nur vorübergehend untergebracht sind. Die Aufenthaltsdauer ist auf drei Wochen begrenzt. Wer in den Genuss der gelockerten Haftbedingungen kommt, entscheidet der Gefängnispsychiater. Zusätzlich gibt es eine videoüberwachte Sicherheitszelle für akut suizidgefährdete Insassen. Die Möbel - ein Bett und ein Kubus, den man wahlweise als Sessel oder Tisch nutzen kann - sind aus schwer entflammbarem Schaumgummi. Wer in diese Zelle eingewiesen wird, wird in der Regel innert weniger Stunden in eine psychiatrische Klinik transferiert.

Das Hauptziel sei es, die Haftbedingungen für suizidgefährdete Personen zu verbessern und die Selbstmordrate in der Untersuchungshaft durch frühzeitiges Eingreifen zu senken, sagt Justizdirektorin Jacqueline Fehr (sp.) auf einem Rundgang am Freitagvormittag. Der Kanton Zürich war in der Vergangenheit wegen des strengen Haftregimes und der veralteten Infrastrukturen immer wieder in die Kritik geraten, unter anderem vonseiten der nationalen Kommission zur Verhütung von Folter. Zugleich hat sich die Zahl der Häftlinge, die wegen psychischer Probleme in eine Klinik überwiesen werden mussten, zwischen 2014 und 2017 beinahe verdoppelt und ist auf 251 gestiegen.

Gegen den «Haft-Schock»

Die KIA soll die Untersuchungsgefängnisse und forensisch-psychiatrischen Kliniken entlasten. Diese stossen wegen der zunehmenden Zahl psychisch belasteter Häftlinge vermehrt an ihre Kapazitätsgrenzen. Michael Braunschweig, Chefarzt des Psychiatrisch-Psychologischen Dienstes, sieht für die Entwicklung zwei Gründe: Zum einen sei die Psychiatrie offener geworden. Personen mit Suchtproblemen, manischen Depressionen oder Schizophrenie würden nicht gegen ihren Willen behandelt. Mit der Freiheit könnten nicht alle umgehen, ein Teil werde straffällig.

Als zweiten Grund für diese Entwicklung nennt er kulturelle Gewohnheiten. Die ständige mediale Verfügbarkeit habe dazu geführt, dass die Menschen Einsamkeit nicht mehr so gut aushielten wie früher.

Die hohe Zahl psychisch kranker Häftlinge erklärt sich zum Teil aber auch dadurch, dass die Beschwerden bei einigen durch den Gefängnisaufenthalt selbst als «Haft-Schock» ausgelöst werden. Trotz Unschuldsvermutung ist die Untersuchungshaft die restriktivste Haftform. Um eine Flucht, Absprachen oder das Einwirken auf Beweismittel zu verhindern, ist das Telefonieren verboten, und Besuche sind nur mit Trennscheibe zu eingeschränkten Zeiten gestattet. Ungewissheit, soziale Isolation und ein abrupter Freiheitsentzug - die Betreuung von Untersuchungshäftlingen sei häufig Krisenarbeit, sagt Jacqueline Fehr und betont dabei die Tatsache, dass 99 Prozent aller Häftlinge wieder auf freien Fuss kommen. Im Hinblick auf die Wiedereingliederung sei es zentral, die vorhandenen Ressourcen der Menschen möglichst nicht zu vernichten und die negativen Nebenwirkungen so gut wie möglich abzufedern.

Der Auslöser für das Umdenken der Justizdirektion war ein Fall aus dem Jahr 2015: Am 1. Januar tötete eine 27-Jährige im Zürcher Weinland ihre beiden Kinder im Alter von zwei und fünf Jahren. Der «Fall Flaach» hat nicht nur der jungen Opfer wegen die Zürcher Justiz stark beschäftigt. Nach der Tat kam die junge Frau zunächst in die Psychiatrische Klinik Rheinau, im April wurde sie in eine Einzelzelle im Gefängnis Zürich verlegt. Nach wenigen Monaten Untersuchungshaft nahm sie sich das Leben. Kein Einzelfall: 2015 kam es in den Zürcher Gefängnissen zu fünf Suiziden.

In den letzten Jahren hat die Justizdirektion verschiedene Massnahmen getroffen, um die Untersuchungshaft zu lockern. Sieben Stunden dürfen Untersuchungshäftlinge unter der Woche ausserhalb ihrer Zelle verbringen. Am Wochenende - wohlgemerkt dann, wenn Familie und Freunde am ehesten Zeit für einen Besuch hätten - beträgt diese Zeit allerdings nur eine Stunde. Weiter kann jeder Insasse arbeiten und einen Deutschkurs besuchen. Auch die Sportangebote wurden ausgebaut, und anders als noch vor zwei Jahren steht den Häftlingen eine tägliche Dusche zu.

Wie eine kleine Klinik

In der KIA wird zusätzlicher Wert auf eine engere Betreuung durch Pflegefachleute und Psychiater gelegt. Roland Zurkirchen, der Direktor der Untersuchungsgefängnisse des Kantons Zürich, vergleicht die Abteilung mit einer kleinen Klinik. Zu Mittag essen die Männer und Frauen gemeinsam, am Nachmittag ist Zeit für individuelle Gespräche oder Spaziergänge im Hof reserviert. Knapp eine Million Franken hat der Umbau gekostet. Jacqueline Fehr rechnet damit, dass mittelfristig Kosten gespart werden. Im Vergleich zur Klinik Rheinau, wo ein Tag pro Person 1500 Franken koste, betrügen diese in der KIA die Hälfte.

Bisher galten in der Untersuchungshaft unabhängig von der Kollusionsgefahr die gleichen Haftbedingungen. Auch das soll sich in naher Zukunft ändern. Ab Juli wird im Gefängnis Limmattal die Untersuchungshaft ohne Kollusionsgründe getestet. Wenn keine Verdunklungsgefahr besteht, sollen Häftlinge telefonieren und Besuche ohne Trennscheibe empfangen können. Neben diesem Zwei-Phasen-Modell wird das neue Polizei- und Justizzentrum, das derzeit in Bau ist, Abhilfe schaffen.